

Enteignung, Miliz, Demokratie

Autor(en): **Schneider, Henrique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **185 (2019)**

Heft 8

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-862704>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Enteignung, Miliz, Demokratie

Enteignungen sind salonfähig geworden – etwa in Deutschland und in der Schweiz. Die Eigentumsgarantie, die letzte Versicherung gegen Armut, wird zunehmend verwässert. Auch Milizarmee und Demokratie stehen auf dem Spiel.

Henrique Schneider, Redaktor ASMZ

Eigentum ist nicht nur philosophisch wichtig. Es ist eine Eigenschaft moderner Demokratien. Eigentum schafft Voraussetzungen für die Leistungserbringung des Individuums. Denn das Individuum weiss, dass es die Frucht der eigenen Arbeit oder des eigenen Unternehmens behalten darf – eben: sie sein Eigen nennen darf. Eigentum stärkt auch die Selbstverantwortung des Individuums, denn es weiss, dass es die Folgen des eigenen Tuns tragen muss.

Weil Eigentum eine Symmetrie von Leistung und Verantwortung einrichtet, ist es auch das beste Rezept für soziale Wohlfahrt und die beste Garantie gegen Armut. Wo man befürchten muss, dass die eigene Leistung nicht anerkannt oder gar aberkannt wird, leistet man nichts. Die Person, die so Verantwortung wahrnimmt, ist bestens gerüstet, in Politik und Armee zu wirken.

Auch rein empirisch: Es ist kein Zufall, dass Länder, in denen Armut, Hungersnot und Kriminalität grassieren, just jene sind, in denen Eigentum entweder nicht anerkannt oder nicht geschützt wird. Venezuela, Zimbabwe, Nord-Korea lassen grüssen. Trotzdem schreiten «entwickelte» Länder zusehends in Richtung der Aufweichung des Eigentumsschutzes entgegen.

Populismus in Deutschland

Es geht dabei nicht um die Verwässerung des Eigentums, die zum Beispiel Negativzinsen oder besonders kaprizierte Geld- und Fiskalpolitiken mit sich bringen. Es geht um knallharte Enteignung. Die Diskussion um die Enteignung von Immobilienbesitzern in Berlin ist ein gutes Beispiel dafür. Natürlich ist die Forderung purer Populismus. Verschiedene Parteien – Linke, SPD – geben sogar offen zu, es geht ihnen nicht um das «Soziale», sondern um ihre Wiederwahl.

Doch wer in Deutschland lebt, muss immer mit der Einschränkung des Eigentums rechnen. Das Grundgesetz garan-

tiert Eigentum nämlich nicht. Sein Artikel 14 kennt einen dreifachen Vorbehalt zum Eigentum: Er ermächtigt den Gesetzgeber, Einschränkungen am Eigentum vorzunehmen; er verpflichtet die Eigentümer (fraglich bleibt, zu was); und er sieht nicht einmal eine volle Entschädigung bei Enteignung vor. Artikel 15 geht noch weiter und warnt, dass insbesondere Grund und Boden sowie Produktionsmittel enteignet werden können. Das sind fantastische Instrumente für populistische Angriffe auf das Eigentum.

Bürokratismus in der Schweiz

Die Lage in der Schweiz ist ganz anders. Dort heisst es in Artikel 26 der Bundesverfassung: «¹ Das Eigentum ist gewährleistet. ² Enteignungen und Eigentumsbeschränkungen, die einer Enteignung

kratie unterwerfen will. Im Übrigen ist hier nicht einmal eine Entschädigung vorgesehen.

Gefährlich – aus unterschiedlichen Gründen

Auch in den USA kommt es zu immer mehr populistischen Forderungen nach Einschränkung des Eigentums. Und in Frankreich hat die Staatsbürokratie die Enteignung als Sanktion schon längst eingeführt. Man muss sich im Klaren sein: Es sind beides Angriffe auf das Eigentum, aber sie sind unterschiedlich motiviert.

Der Berliner und US-amerikanische Typus lallt die alte Klassenkampfleiernach. Die Schweizer und französischen Versionen sind eher neu. Darin verbergen sich das neue Misstrauen, das Staaten den eigenen Bürgern entgegenbringen, sowie die Überhöhung der Staatsdiener-schaft. Private schulden den Staatsangestellten unbedingten Gehorsam; wer nicht spurt, der verliert seine fundamentalen Rechte.

Miliz und Demokratie

Eigentum, Miliz und die persönliche Freiheit sind auf vielfältiger Weise miteinander verbunden. Eine Milizarmee existiert, weil alle Staatsgewalt in den Händen der Bürger liegt. So liegt insbesondere die ultimative Gewalt – der Krieg – auch in Bürgerhand. Der Transfer von Milizarmee zu stehendem Heer ist eine Parallele zum Transfer von Privat- zu Staatseigentum.

Wo Bürger in ihrem Eigentum geschwächt werden und wo die Staatsgewalt den Bürgern genommen wird, wird die persönliche Freiheit eingeschränkt. Auch empirisch ist es kein Wunder, dass Staaten, die den Menschen das Eigentum nehmen, ein stehendes Heer jenseits aller demokratischen Kontrolle haben. Die Schlussfolgerung lautet also: Wo enteignet wird und wo die Miliz geschwächt wird, dort wird auch die Demokratie nicht lange währen. ■

«Wo enteignet wird und wo die Miliz geschwächt wird, dort wird auch die Demokratie nicht lange währen.»

gleichkommen, werden voll entschädigt.» Vor diesem Hintergrund überrascht nicht, dass es der Schweiz viel besser als den meisten anderen Ländern geht. Wo Eigentum absolut garantiert ist, lebt es sich einfach besser.

Aber nicht mehr lange. Denn auch in der Schweiz ist Enteignung salonfähig geworden. Hier ist sie aber kein Instrument des Populismus, sondern die Waffe der Bürokratie. Neuester Streich: Die Bundesverwaltung will Aktienregister (für Inhaberaktiengesellschaften) einführen. Der Gesetzesvorschlag besagt, dass wer sich nicht registrieren lässt, an den Aktien enteignet wird. Die Enteignung wird also zur Sanktion, wenn man sich nicht der Büro-